

SPIEGEL *Titel*

„Das wird keine Kaffeefahrt bis zur Wahl“

Seit dem Wahl-Debakel der CDU in Nordrhein-Westfalen sind die Sozialdemokraten wieder im Kommen: Sieger Johannes Rau könnte Helmut Kohl gefährlich werden. In der Koalition wachsen die Zweifel. Der Kanzler ist

weder als Garant des Aufschwungs noch als Berufsoptimist länger ein Stimmentäucher; Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit fehlen. Ob die SPD allein den Machtwechsel schafft, bezweifeln selbst Genossen.

Vor aller Ohren schlossen zwei Hannoveraner auf einem Frühlingsfest der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn am vergangenen Mittwochabend einen Zukunftspakt.

„Also, ihr kriegt sieben Prozent“, nahm CDU-Landesminister Wilfried Hasselmann, zum FDP-Bundestagsabgeordneten Detlef Kleinert gewandt, das Abschneiden der Freien Demokraten bei der nächsten Landtagswahl 1986 in Niedersachsen vorweg. „Die CDU kriegt 49 Prozent. Und dann regieren wir gemeinsam.“

Christ- und Freidemokraten drückten sich die Hände. Doch dann meldete CDU-Hasselmann noch einen Vorbehalt an: „Das Ganze geht nur gut, wenn uns nicht einer von außen helfen will.“

Allgemeines Gelächter, jeder wußte, wessen Hilfe unerwünscht war: Seit dem vorletzten Sonntag gilt der CDU-Kanzler Helmut Kohl nicht mehr soviel im Lande.

Zu tief fiel die Kanzlerpartei bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, wo fast ein Drittel der Bundesdeutschen lebt: Die CDU rutschte von 43,2 auf 36,5

Prozent. Eindeutig ist Kohls Verantwortung für das Debakel: Er hat den glücklosen Spitzenmann Bernhard Worms durchgedrückt, Kohls Politik in Bonn versagte vor der Arbeitslosigkeit, schreckte Rentner und Bauern ab.

Der Pfälzer ist in seinen Rollen als Garant des Aufschwungs und wonniger Optimist kaum mehr zu verkaufen. Kohl, so ein CDU-Präsidiumsmitglied, „hat jetzt nur noch seine Bierruhe“. Die ist den Deutschen zwar auch was wert, für kommende schwere Wahlkampfzeiten aber reicht sie vielleicht nicht

NRW-Wahlsieger Rau: Charisma eines Predigers vom Schläge Billy Grahams



Nicht so dumm

Wie denn, Regiefehler der rheinischen Union sollen es gewesen sein, die dem Demoskopie-Kanzler die größte Wahlschlappe seit der Bonner Wende eingetragen haben? Mängel im Bonner Marketing, die den Erfolg von Helmut Kohl und seiner Koalition nicht rübergebracht haben zum Wähler? Ein kompetenter Chef das Opfer seiner inkompetenten Halbleiter?

Was denn, es war gar nicht der Wahlkampf Helmut Kohls, der die Union in ihrem traditionellen Stamm-land auf den Hund gebracht hat? Was er geredet, waren gar nicht seine Worte, womit er geworben, war gar nicht seine Erfolgsbilanz? Die politische Null Bernhard Worms war gar nicht sein höchsteigener Kandidat, war gar nicht der kleine Kohl?

Sollte alles nur ein Mißverständnis gewesen sein: Kohl im Recht, die Wähler im Unrecht? Die dummen Wähler – sie haben nicht auf Peter Boenisch gehört und sich nicht nach Elisabeth Noelle-Neumann gerichtet.

In der Tat, so muß es gewesen sein im Urteil eines, der – frei von Selbstzweifeln – sich seine Lebensfreude nicht hat vergällen lassen in mühsamen, zeitraubenden und oftmals auch enttäuschenden Auseinandersetzungen um sachliche Inhalte. Und wer die eigene Wende-Politik versteht als ein mit Phraseologie verziertes inhaltliches Nichts, der kann auch keine Fehler machen – außer dem, nichts gesät zu haben und auf eine reiche Ernte zu warten.

Dem Außenpolitiker Helmut Kohl ist an der Schwelle zu einer neuen Ära weltweiter Aufrüstung bis hinauf in den SDI-Himmel nichts weiter eingefallen, als sich seinem scheinbar schutzmächtigen Freund Ronald Reagan bedingungslos auszuliefern. Hand- und Hakenschlagen über und um Symbole einer vergeigten Vergangenheit, Grabgesang als Ersatz für präventives Handeln in die Zukunft.

Der Innenpolitiker Helmut Kohl hat den Anschluß verpaßt, eine moderne Industriegesellschaft mit den Forderungen nach Erhalt einer heilen Umwelt zu koordinieren, sich der Bildungskatastrophe zu stellen, das deutsche Nachkriegstrauma vom verlorenen Krieg und der ungewollten Niederlage zu heilen. Statt dessen: Katalysator-Mätzchen, Vermummungstheater, Reagan-Bücklinge, Vertriebenenfestspiele.

Der Wirtschaftspolitiker Helmut Kohl versteifte sich auf die zwar redliche, aber in Zeiten extremer Arbeitslosigkeit etwas hilflose Politik kompromißloser Haushalts-Sanierung seines ökonomischen Hauslehrers Gerhard Stoltenberg. Er entschloß sich weder zu einem Beschäftigungsprogramm noch zu einer der Inlandsinvestitionen fördernden steuerlichen Ad-hoc-Entlastung mittlerer und höherer Einkommen. Sozialabbau und drei Millionen Arbeitslose müssen denn auch die Signale eines erbitterten Bundestagswahlkampfes 1986/87 sein.

Sicherlich kann nicht Everybody's Darling sein, wer nicht Gefahr laufen will, Everybody's Depp zu werden, wie die bayrische Cassandra ruft. Es muß jedoch einsichtig sein, wenn man Opfer verlangt – von sozial Schwachen, von Beziehern kleiner Einkommen, von Arbeitslosen. Und es muß vertretbar klingen, wenn man andere schon – Beamte, Inhaber von Dauer-Arbeitsplätzen, Bauern.

Es kann nicht der Sog charismatischer Sozialdemokraten, teuflischer Grüner und schmarotzender Freidemokraten sein, der das CDU-Lager leert. Es kann auch nicht nur die kurzatmige Reaktion enttäuschter Unions-Wähler auf das atemraubende Pannen-Regime Kohls sein – von Schwarz-Schillings Kabelsalat über Wörners Generals-Amnestie, Schreckenbergers Wirrwarr, Lambsdorffs lange Dämmerung bis zu Kohls doppeltem schlesischen Salto rückwärts.

Es muß schon damit zusammenhängen, daß selbst eine von Wir-Gefühl, Nationalstolz und Familiengesabber benebelte bürgerliche Wende-Gefolgschaft auf Dauer nicht an Kompetenzmangel, Inhaltsarmut und Durchsetzungsschwäche vorbeige- lotst werden kann. Auch die merkt das.

Nur: Wie soll das ein Kanzler merken, dem es eben an Kompetenz, politischen Inhalten und Durchsetzungsvermögen fehlt? Wie soll so wer eigene Fehler erkennen, sie gar zugeben können und Besserung geloben? Da hilft auch kein überstürztes Konjunkturprogramm post festum, keine Steuersenkung zur Hebung der CDU-Moral.

Der Kohl im Glück ist drauf und dran, seine beiden letzten Wackersteine zu verlieren, und Deutschlands Wähler sind nicht so dumm, das nicht zu merken.

aus. Und im Sieger von Düsseldorf ist dem Bonner Kanzler ein Gegner erwachsen, den er fürchten muß, wenn es 1987 um seinen eigenen Kragen geht. Der Sozialdemokrat Johannes Rau kann jetzt gar nicht mehr anders, er muß als Kanzlerkandidat antreten, auch wenn er eigentlich (noch) gar nicht will: Er fürchtet das Risiko einer verlorenen Wahl, er hängt an seinem Amt in Düsseldorf – und nicht zuletzt an seiner Familie.

Am 12. Mai hat der Bundestagswahlkampf '87 begonnen: Rau steht gegen Kohl. Auf den Sozialdemokraten richtet sich die Hoffnung seiner Genossen, gegen den Christdemokraten der Zorn vieler Parteifreunde.

Das Hochgefühl in der SPD steckt an, in der Union grassiert Niedergeschlagenheit. Kohls wichtigste Gabe, bei Wahlen für Mehrheiten gut zu sein, gerät in Zweifel. Etwa ein Fünftel aller direkt gewählten Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt nur knapp vor dem jeweiligen SPD-Konkurrenten, Verluste wie in NRW wären für viele von ihnen das Ende ihrer Polit-Karriere. Daß sich Kohls Koalitionspartner FDP dabei oberhalb der Fünf-Prozent-Marke stabilisiert, ist ihnen kein Trost.

Auf einmal ist der Wahlsieg der christlich-liberalen Koalition 1987 in Bonn keine ausgemachte Sache mehr, plötzlich

„Die SPD kann im Bund gewinnen“

erscheint ein Regierungswechsel nicht mehr völlig ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten sind wieder im Kommen. Seit NRW ziehen sie sich an dem Gedanken hoch, daß die Erfolge in Hessen und an der Saar kein Zufall waren.

Einen Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel hat Kohl nie gefürchtet, im Gegenteil. Der sei, so Kohls steter Spruch, so schön verbiestert und schon deshalb „unser bester Mann“.

Einen Kanzlerkandidaten Rau nimmt Kohl ernst. „Rau ist gefährlich“, sagt Arbeitsminister Norbert Blüm, und sein Chef teilt diese Ansicht. Der Herausforderer ist dem CDU-Kanzler wesensverwandt: ein Mann der Harmonie und der Bürgernähe, gegen den schwerlich ein Wahlkampf der Polarisierung zu führen ist.

Rau ist über jeden Verdacht erhaben, ein Ideologe, ein Linker zu sein. Er könnte, so Helmut Kohls Sorge, zur Symbolfigur einer sympathischen Sozialdemokratie werden, die zwar manches reformieren, den Staat aber nicht auf den Kopf stellen will. Ein Rau, dem ein Parteichef Willy Brandt bei den eigenen Linken den Rücken freihält, hätte am ehesten die Chance, Stimmen aus der wahlentscheidenden politischen Mitte für die SPD zu gewinnen.

Schon machen sich Kohl-Berater erste Gedanken, wie einem solchen Gegner



NRW-Wahlverlierer Worms, Kohl: „Jetzt hat er nur noch seine Bierruhe“

beizukommen ist: Einen so populären Mann persönlich anzugreifen und herabzusetzen zahle sich nicht aus. Gegen Rau müsse die Union im Prinzip wie früher gegen Helmut Schmidt angehen – nach dem Motto: Spitzenmann und Partei passen nicht zusammen. Rau solle nur wie weiland Schmidt die Wähler über den wahren Zustand der SPD hinwegtäuschen, er repräsentiere keineswegs die Sozialisten-Partei.

Der Supersieg in Nordrhein-Westfalen markiert den bisherigen Höhepunkt einer Serie sozialdemokratischer Erfolge, die bei Kohls Wahlsieg am 6. März 1983 niemand vorauszusagen gewagt hätte. „Er wäre schlicht für Größenwahnsinnig gehalten worden“, sagt SPD-Vorstandsmitglied Volker Hauff.

Respektabeln 43,7 Prozent bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im März 1983 folgte neun Monate später in Bremen die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Großstädte wie München, Freiburg und Mannheim wählten sich wieder rote Oberbürgermeister, die hessischen Kommunalwahlen endeten mit einem Desaster für die Union.

Auf dem Sessel des saarländischen Ministerpräsidenten sitzt seit dem 9. April ein Sozialdemokrat, der mit der scharfen Logik des Naturwissenschaftlers und der geschulten Dialektik des Jesuitenzöglings gegen Rüstung und Atomkraft, für Arbeit und Umweltschutz eintritt. Der linke Oskar Lafontaine schlug die Grünen mit deren eigenem Programm, sie hatten gegen ihn keine Chance.

Und nun Johannes Rau. Ausgestattet mit dem Charisma eines Predigers vom Schlage Billy Grahams und der fürsorglichen Attitüde eines Landesvaters, machte er im bevölkerungsreichsten deut-

schen Bundesland aus schwarz rot: Er zog 250 000 CDU-Wähler zu den Sozialdemokraten – mit tatkräftiger Hilfe fachkundiger Ressortleiter wie Klaus Matthiesen (Landwirtschaft) und Friedhelm Farthmann (Soziales).

„Die Mehrheit diesseits der Union“, von der Willy Brandt erstmals nach der hessischen Landtagswahl schwärmte, scheint greifbarer denn je. In Hessen sah Brandt sie noch als Summe roter und

grüner Wähler, seit Düsseldorf scheint sie sogar ohne die Alternativen denkbar.

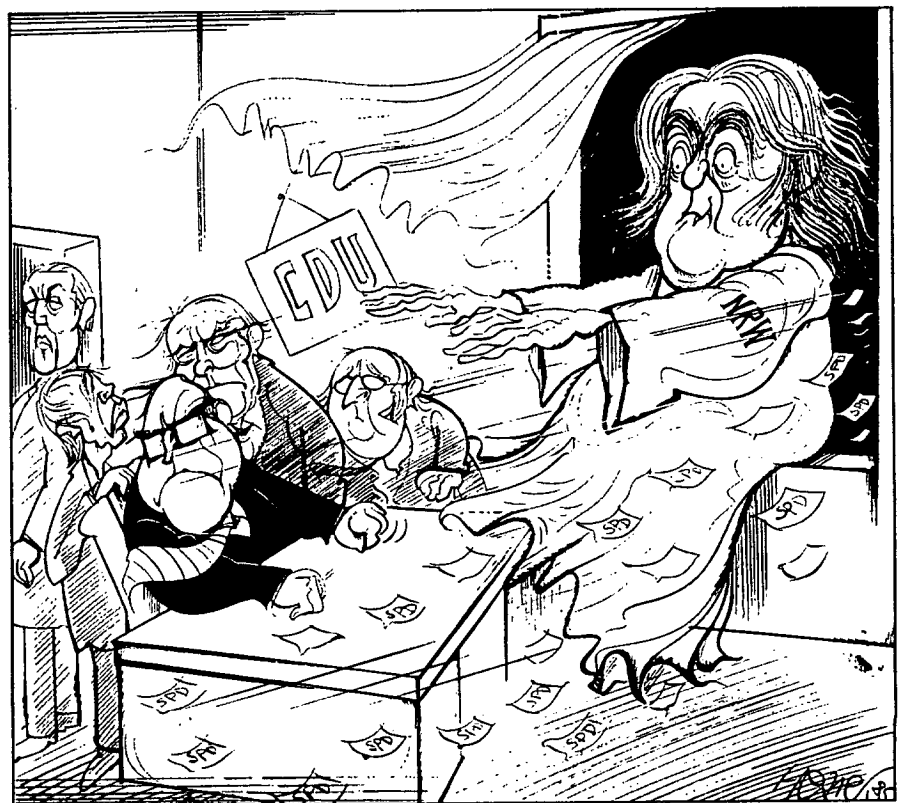
Herbert Wehners Abschiedsworte zur Wende, die SPD müsse 15 Jahre warten, bis sie wieder Regierungsverantwortung übernehme, haben für die Genossen an Schrecken verloren. Am Abend der NRW-Wahl bescheinigte Brandt seinem

„Wir kriegen nicht automatisch die Mehrheit“

alten Widersacher genüßlich: „Diejenigen, die uns nach dem 6. März eine babylonisch lange Oppositionszeit prophezeit haben, dürfen sich ein weiteres Mal widerlegt sehen.“ Seine Folgerung aus den 52,1 Prozent vom 12. Mai: „Die SPD kann im Bund gewinnen.“

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ließ sich allerdings deutlich vorsichtiger ein. Er schickte in der vorigen Woche ausgewählten Funktionären seiner Partei eine „Zwischenbilanz Mai 1985“, in der er, wenn auch verschlüsselt, mahnt, über Raus Sieg die Arbeit nicht zu vergessen. In dem Papier heißt es: „Die Phase der Sammlung, des Zuerst-einmal-Zusammenhaltens, der mühevollen Ermutigung ist zu Ende. Die Siege von Oskar Lafontaine und Johannes Rau zeigen: Die SPD ist jetzt auf der Zinne angekommen, von der ein gezielter Angriff auf den regierenden Block möglich wird.“

Der gelegentlich zu schnell denkende und schreibende SPD-Manager wählte diesmal Worte und Bilder mit Bedacht. Wer die „Zinne“ eines Befestigungswerkes erreicht hat, kann seine Position nur



Frankfurter Allgemeine Zeitung

noch schwerlich verbessern. Will sagen: Die vor 1987 noch anstehenden Wahlen in Niedersachsen und Bayern lassen SPD-Siege von der Qualität wie im Saarland und in NRW nicht erwarten.

Die SPD müsse jetzt, schreibt Glotz – und fast klingt es wie die Kontrastmelodie zu den sanft-schlichten Tönen des NRW-Wahlkampfes („Wer Rau will, muß Rau wählen“) –, „Zukunftsorientierung ausstrahlen, aber nicht pathetische Zuversicht, sondern Entschlossenheit zur Vernunft“.

Von der Sturmleiter herab verkündet der Geschäftsführer: „Das ist . . . genau der Moment, in dem sich eine falsche Beruhigung einstellen könnte. Wer glaubt, daß Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Managementfehler der Regierung den Sozialdemokraten automatisch die Mehrheit bringt, täuscht sich. Diese Partei muß sich weiter wandeln, wenn sie siegen will.“

Auch anderen Spitzensozis ist bewußt, daß die spektakulären Erfolge in den von der Montan-Krise schwer gezeichneten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Saarland nicht ohne weiteres auf 1987 hochzurechnen sind.

Lafontaine wie Rau profitierten davon, daß viele Wähler nicht auf die Kohlsche Optimismuskampagne und des Kanzlers kühne Aufschwungversprechen abfahren. Und beide hatten in Werner Zeyer (Saar) und Bernhard Worms (NRW) Kandidaten gegen sich, deren Format sich darin erschöpfte, Freunde des Bonner Kanzlers zu sein.

Skeptisch sind führende Sozialdemokraten vor allem deshalb, weil die SPD ihre Sachkompetenz in der Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik beim Wähler bislang offenbar keineswegs zurückgewonnen hat.

Eine bislang sorgfältig unter Verschluß gehaltene Studie des Münchner Infratest-Instituts mit Befragungen aus der Zeit zwischen dem 20. März und 4. April 1985, also nach der Saar-Wahl, kommt zu dem Ergebnis, daß die *Wirt-*

Die feineren Kreise entscheiden

schaftspolitik nach wie vor eine Domäne von CDU und CSU ist. 34 Prozent der Wähler halten die Union für die Partei, die für stabile Preise sorgt, und 47 Prozent trauen ihr am ehesten zu, die Staatsverschuldung abzubauen. Nur 17 Prozent messen den Sozis die Fähigkeit bei, die Preise im Griff zu behalten, und nur jeder zehnte glaubt, daß sie mit der Staatsverschuldung fertig werden können.

Etwas besser steht die SPD beim Wähler in der Beurteilung der Arbeitslosigkeit da. 25 Prozent meinen, daß eher die Union als die SPD deren Zahlen senken kann, 22 Prozent glauben an die Sozis.



SPD-Ministerpräsident Börner: „Nicht wir waren gut . . .“

Beim Umweltschutz schneiden beide Großparteien gleich schlecht ab; da liegen die Grünen mit 34 Prozent weit vor Schwarzen (zwölf Prozent) und Roten (13 Prozent). Worauf Glotz in seinem Aufsatz die These stützt, die Sozialdemokraten hätten mit ihrem Programm „Arbeit und Umwelt“ jenen Zweiflern „die Beißhemmung“ genommen, die ängstlich fragen, ob Umweltschutz Arbeitsplätze zerstört, bleibt sein Geheimnis.

Am wenigsten trauen die Wähler den Genossen laut Infratest auf dem Zukunftssektor „Neue Technologien“ zu. 26 Prozent deuten auf die Union, wenn es um die sinnvolle Nutzung neuer Technologien geht. Nur zwölf Prozent halten hier die SPD für kompetent. Sogar die SPD-Wähler sind von ihrer Partei keineswegs überzeugt: Nur ein Viertel setzt auf die eigenen Leute. Dagegen hält immerhin die Hälfte der Unionswähler ihre Partei für zuständig.

„Genau an dieser Front entscheidet sich Erfolg und Mißerfolg einer linken Strategie“, kommentiert Glotz das Technologiedefizit der Genossen. Ohne die Schlüsselgruppe der „jüngeren technischen Intelligenz mit sozialem Verantwortungsgefühl“ sei in alten Industriegesellschaften keine Partei mehrheitsfähig.

Noch in diesem Jahr will er daher versuchen – von den erfolgreichen Pragmatikern in Raus Wahlkampfmannschaft (siehe Seite 37) milde belächelt –, eigene SPD-Kongresse für Ingenieure zu veranstalten und deren Probleme zu diskutieren. Denn schon in den 90er Jahren könne Techniker und Ingenieure das Los jener Arbeiter treffen, die heute von Computern wegrationalisiert werden.

Mit seinen Sorgen, die SPD könne sich nach Raus Sieg selbstzufrieden zurücklehnen und auf die Zugkraft ihres voraussichtlichen Kanzlerkandidaten bau-



SPD-Ministerpräsident Lafontaine . . . die anderen waren schlechter“

en, steht Geschäftsführer Glotz nicht allein. Alte Kämpen, wie der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und der hessische Ministerpräsident Holger Börner, gucken nur auf die Landkarte, um sich zu vergegenwärtigen, daß die SPD bundesweit kaum Chancen besitzt, solange sie in den großen Flächenstaaten Bayern und Baden-Württemberg in der Diaspora versteckt bleibt.

Mit dem „Wir-Gefühl“ allein, das Johannes Rau an Rhein und Ruhr verbreitete, kann ein Zugereister im Süden der Republik gegen die heimischen Matadore Lothar Späth und Franz Josef Strauß wenig bestellen. Gerhard Schröder, Bundestagsabgeordneter aus Hannover und SPD-Spitzenkandidat im niedersächsischen Landtagswahlkampf: „Zu glauben, man könne eine Bundes-

tagswahl nur hinter einer Person gewinnen, die nicht Konrad Adenauer heißt, oder – wie seinerzeit bei Willy Brandt – hinter einer Idee, die als nationales Thema gilt, ist eine Irrlehre.“

Die Bundestagswahl 1987 wird, darin ist sich Holger Börner sicher, „auch über das Kompetenzprofil der SPD entscheiden“. Der gelernte Baufacharbeiter fürchtet, daß sich die SPD im Wettbewerb um Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit von Neo-Konservativen und Liberalen weiter einschüchtern läßt, daß sie marktwirtschaftliche Lösungen bevorzugt, anstatt klipp und klar auf den schon lange auch vom DGB geforderten staatlichen Beschäftigungsprogrammen

rechnen können: bundesweit derzeit etwa sieben Prozent. Dagegen dürfen sie nur noch auf zwei Prozent Wähler aus dem Bereich der Grünen spekulieren.

Auf einer Klausurtagung der hessischen SPD-Landtagsfraktion in Pörschach am Wörthersee machte Ministerpräsident Börner den vom Kommunalwahlsieg noch hochgestimmten Genossen am 24. April eine nüchterne Bilanz auf: „Nicht wir waren so gut, sondern die anderen waren schlechter . . . Die hessische SPD . . . ist im Aufbrechen neuer Wählerschichten keinen Schritt weitergekommen.“

Im Rhein-Main-Gebiet um Frankfurt und Offenbach, Zentrum von Banken,

len. Eppler: „Der Schröder kann das nur mit den Grünen schaffen.“

Ähnlich in Hessen. In der Fraktionsklausur bekannte Börner: „Richtig ist, daß wir das, was wir unseren Wählern versprochen haben – ich nenne unsere Schwerpunkte Arbeit, Umwelt, soziale Verantwortung, wobei Arbeit auch das Technologieproblem umfaßt –, nur im Bündnis mit den Grünen zur Zeit am besten verwirklichen können.“

Börner, der einst mit der Dachlatte auf die Alternativen losgehen wollte, sieht heute die Grünen eher als Sammelbecken einer Generation denn einer Ideologie. Sein Beleg: Bei den Kommunalwahlen wählte in Kassel und Darmstadt jeweils rund ein Viertel der 25- bis 34jährigen grün. In Kassel kandidierte ein SPD-Oberbürgermeister, der eine rot-grüne Koalitionszeit hinter sich hatte, in Darmstadt setzte sich ein Sozi durch, der die Grünen verteufelte. Die Jugend habe sich „auch deswegen den Grünen zugewandt“, predigte Börner, weil „sie dort eine innere Wärme verspürt“.

Schwere Zeiten kommen da auf den Kanzlerkandidaten Rau zu. Wie will er seine Glaubwürdigkeit retten, wenn er

„Der Eindruck von Inkompetenz muß weg“

demnächst für Gerhard Schröder in Niedersachsen werben soll, für ein rot-grünes Bündnis? Will er, der „Vorsitzende der IG Harmonie“ (Rudolf Dreßler von der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – AfA), den Bundestagswahlkampf nach dem nordrhein-westfälischen oder nach dem hessisch-niedersächsischen Drehbuch führen?

Schon finden sich besorgte Genossen in der Bonner SPD-Zentrale ein, die sichergestellt wissen wollen, daß Willy Brandt 1986 noch einmal als Parteichef kandidiert. Nur er könne der SPD die grüne Flanke offenhalten, nicht der NRW-Sieger Rau. Im Gespräch mit einigen Parteifreunden, darunter Egon Bahr, Peter Glotz und Hans Koschnick, versprach Brandt vor einiger Zeit, bis mindestens 1988 im Amt zu bleiben. Doch wer kann ihn hindern, seine Zusage zu widerrufen, wenn der Druck nordrhein-westfälischer Sozialdemokraten auf Rau noch steigen sollte, auch den Parteivorsitz anzustreben, quasi als Amtsbonus für die Kanzlerkandidatur.

Am Wahlsonntag, unmittelbar nach der Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden im Bonner ZDF-Studio, bewies Brandt, daß er noch flexibel genug ist, auf veränderte politische Daten zu reagieren. Im Januar hatte er, um im Gleichklang mit Rau argumentieren zu können, überraschend verkündet, er halte die Grünen für „überflüssig“. Am Abend des 12. Mai verabredete er mit Rainer Trampert, einem der drei Sprecher der Grünen, heimlich ein Tref-



Sozialdemokraten Schröder, Glotz: „Die Partei muß sich weiter wandeln“

zu beharren – analog den von Strauß neuerdings verlangten Spritzen für die Bauwirtschaft.

Gemeinsam mit dem neuen fränkischen Bezirksvorsitzenden und voraussichtlichen Spitzenkandidaten für die bayrische Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, drängt Börner die SPD, hellhörig zu werden für die von der Arbeitslosigkeit bedrohten kleinen Bauern auf dem flachen Lande – in Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg eine starke Wählergruppe.

Ob technische Intelligenz oder Kleinbauern – der Einbruch in diese Wählerschichten der Mitte ist der SPD bundesweit bisher noch nicht gelungen. „Die Frage ist“, schreibt Glotz, „ob sich die Linke der achtziger Jahre an die Randschichten des konservativen Blocks herantraut – oder ob sie sie, wie in Weimar, dem passivierenden Einfluß der Rechten überläßt.“

Nach den Infratest-Zahlen bleibt der SPD, will sie aus dem 40-Prozent-Getto heraus, nichts anderes übrig, als den Konservativen Wähler abzufragen. Von dort kommt die Mehrzahl der Zuwanderer, mit denen die Sozialdemokraten

Versicherungen und Industrie, sowie in den anliegenden dichtbesiedelten Tannus-Wohngebieten der Mittel- und Oberklasse gaben die Bürger ihre Stimme überwiegend der Union. Wie Glotz hält es auch Börner für eine „Lebensfrage“ der SPD, ob sie in diesen feineren Kreisen wieder Anklang findet.

Zugleich jedoch weist Börner, anders als Rau, den Grünen nach wie vor eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, rechte Mehrheiten zu knacken. In Börners Kalkül entscheidet die niedersächsische Landtagswahl Mitte nächsten Jahres darüber, ob die SPD im Bund 1987 überhaupt eine Chance hat. Denn sollte Gerhard Schröder den derzeit in Meinungsumfragen klar führenden Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) ablösen, hätte die SPD die Mehrheit im Bundesrat und könnte – werbewirksam für 1987 – der Bonner Regierung das Leben schwermachen.

Genossen aller Schattierungen, von Börner bis Erhard Eppler, geben jedoch Schröder nur dann eine Chance, wenn die niedersächsischen Grünen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und den Sozi zum Ministerpräsidenten mitwäh-



Christdemokrat Blüm
Endlich gegen die FDP abgrenzen

fen. Brandt, darauf angesprochen: „Befriedigung der Neugierde. Wenn ich jemanden sehe aus dieser Fakultät, will ich wissen, was da vor sich geht.“

Im anderen Lager halten sich derweil allgemeine Ratlosigkeit und dumpfe Zuversicht, es 1987 schon irgendwie zu schaffen, die Waage. Freilich, was zu unternehmen sei gegen die Arbeitslosigkeit und für die Konjunktur, dazu fiel den führenden Koalitionspolitikern vorige Woche nichts Rechtes ein. FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher bemerkte am Montag vor Parteifreunden: „Der Eindruck von Inkompetenz muß endlich weg.“

Gemeint war Helmut Kohl.

Der Kanzler aber weiß nicht, was tun. Ihn hat die Düsseldorfer Katastrophe kalt erwischt. Gestützt auf Zahlen seiner Hausdemoskopin Elisabeth Noelle-Neumann, die bis zuletzt die CDU in NRW bei 42 Prozent sah, glaubte Kohl allen Ernstes und vertraute dies auch Ministern an, sein Besuch mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Bitburger Soldatenfriedhof werde Rau den Sieg kosten.

Am Tag nach der Wahl blieb im CDU-Präsidium das reinigende Donnerwetter aus. Der Verzicht auf offene Kritik ließ Kohl-Mitarbeiter unangenehme Zeiten für den Chef erahnen: „Das geht jetzt hinter dessen Rücken weiter, es rumort im Untergrund.“

Allein der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger attackierte – Verhalten und indirekt – den Kanzler: Die Auswahl des Spitzenmannes Worms, den Kohl durchgesetzt hatte, sei wohl nicht ganz glücklich gewesen.

Kohl-Rivale Lothar Späth gab sich verdächtig freundlich. Alles sei doch

„nur halb so schlimm“. Den Wahlsieg '87 müsse die Union mit publizistischen Tricks sichern: Die Arbeitslosigkeit gehöre verdrängt, die Erfolge beim Wirtschaftswachstum müßten größer herausgestellt werden. Die CDU dürfe sich nicht weiterhin vom Stand der Arbeitslosenzahlen abhängig machen.

Norbert Blüm hielt dagegen: Arbeitslosigkeit sei das zentrale Problem, das die Stimmung im Land beeinflusse und in alle anderen Problembereiche, Beispiel Renten, ausstrahle. Steige die Arbeitslosigkeit, bedeute das Pessimismus, von dem nur die Opposition profitiere. Sinke sie aber deutlich, sei das Anlaß für Hoffnung – gut für die Regierung. Blüms Fazit: „Das wird keine Kaffeefahrt bis zur Wahl.“

Kanzler Kohl hingegen meinte dies und das: Selbstverständlich bleibe es beim Sparkurs, „investitionsfördernde Maßnahmen aber müßten auch sein“.

Dienstags mittags dann beim Koalitionsgespräch wurde rasch klar, daß der



Freidemokrat Bangemann
„Das ist das Ende der Koalition“

Sparwille erlahmt: Konjunkturprogramme sollen her, ebenso Abschreibungserleichterungen für Investitionsgüter. Die Runde grub alles aus, was schon einmal überlegt worden ist, um die Konjunktur anzukurbeln, darunter auch einen alten Bangemann-Vorschlag, Schuldzinsen jeder Art von der Steuer abzuziehen. Kostenpunkt: mindestens zwei Milliarden Mark, wenn eine Obergrenze von 10 000 Mark eingezogen wird.

Noch wehrt sich Stoltenberg. Bereits in der Fraktionssitzung am vergangenen Montag hatte er vehement seine Konsolidierungspolitik verteidigt; ohne sie gebe es keine niedrige Inflationsrate. Doch die Abgeordneten, die Stoltenberg früher für solche Worte mit Beifall überschütteten, pochten jetzt nur einige Male lustlos auf die Tische.

Franz Josef Strauß und Heiner Geißler, Martin Bangemann und Hans-Dietrich Genscher, die Fraktionen, die Mini-

sterpräsidenten – alle drängen, lieber mehr Schulden zu machen, als den Machterhalt durch zu hohe Arbeitslosigkeit zu gefährden. Muß Stoltenberg nachgeben, ist er leicht seinen guten Ruf als solider Finanzmann los. Kohl brauchte sich kaum noch Sorgen über einen möglichen Amtsnachfolger Stoltenberg zu machen.

Ansonsten hat der Kanzler wenig Grund zur Freude. Die Spannungen in der Koalition nehmen zu.

Im CDU-Präsidium plädierten Blüm wie Späth dafür, die CDU endlich deut-

Minister Blüm: **„Reaktionäres Gequatsche“**

lich als Volkspartei von der FDP abzugrenzen. Dabei, forderte Blüm, müßten alle mitmachen, der Streit mit der liberalen Zielgruppen-Partei dürfe nicht den paar CDU-Sozialpolitikern überlassen bleiben.

Als mögliche Konfliktfelder nannte der Minister: Streichen der Bauspar- und Kontensparförderung, statt dessen Vermögensbildung der Arbeitnehmer bei Investiv-Kapital. Gegen überbetriebliche Fonds, wie von der SPD gefordert und von der FDP bekämpft, hätte er nicht viel einzuwenden.

Weshalb die bisherigen sozialen Leistungen der Regierung so schlecht beim Publikum angekommen seien, wußte Blüm auch: „Wegen des reaktionären Gequatsches.“ Sprüche des FDP-Generalsekretärs Haussmann über Lohnsenkungen oder von Parteichef Bangemann über eine staatliche Grundrente hätten die gesamte Regierung um ihre soziale Glaubwürdigkeit gebracht.

Andererseits möchten sich die Liberalen außenpolitisch von der CDU absetzen. Die Freidemokraten weigern sich, bei Heiner Geißlers geplanter großer Konfrontation mit der SPD über die bundesdeutsche Teilnahme an Reagans Krieg der Sterne mitzumachen. Bangemann befürchtet, daß darüber die Entspannungspolitik nach Osten in Gefahr gerät. Der FDP-Chef am vergangenen Dienstag: „Das lassen wir nicht zu. Soll der Geißler-Kurs offizielle Regierungspolitik werden, ist dies das Ende der Koalition.“

Welche öffentliche Bedeutung die Bindung an die USA bekommen werde, hatte Bangemanns Vorgänger bereits am Tag nach der Wahl erläutert. Der TV-Auftritt von Willy Brandt, so Hans-Dietrich Genscher im Bundesvorstand, „zeigte die künftige Strategie der SPD“. Keineswegs aus einer augenblicklichen Erregung habe Brandt den Kanzler als „Herr Reagan“ tituliert, vielmehr ihn gezielt als Reagan-hörig abgestempelt nach dem Motto: Milliarden für die Rüstung, aber nichts für die Arbeitslosen.

„Arbeit und Frieden“, so Genscher, „das sind die großen Themen“, und die

Koalition, findet er, ist darauf schlecht vorbereitet: Gegen die Arbeitslosigkeit hat sie gar keine und für den Frieden die falschen Rezepte.

Generalsekretär Haussmann hatte zwar am Wahlabend, als das CDU-Desaster Wahlkreis für Wahlkreis deutlicher wurde, großmütig versprochen: „Wir werden nicht triumphieren, denn der Bundeskanzler hat uns auch gut behandelt, wenn es uns schlechtging.“ Er klagte nur verhüllt über das „schlechte Bild der Regierungsarbeit“.

Aber im Bundesvorstand am Montag meldeten die ersten ihre Zweifel an, ob mit diesem Bundeskanzler 1987 in Bonn eine Mehrheit zu holen sei. „Natürlich ist es schön, wenn die FDP dann zehn Prozent hat wie im Saarland“, meinte der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Guido Westerwelle, „aber es wird schlimm, wenn sich der Einbruch der Union wiederholt.“ Und Haussmann fordert: „Das Ergebnis muß Konsequenzen haben.“

Ratlosigkeit allenthalben. Parteichef Bangemann regt eine „Arbeitsteilung“ mit der Union an: Arbeitsminister Blüm müsse links neue Wähler holen. Baum warnt: „Wir schrecken die Leute, die ein soziales Empfinden haben.“ Und Vize Wolfgang Gerhardt will nicht länger „Politik nur für bestimmte Schichten machen“.

Otto Graf Lambsdorff aber besteht darauf, den bisherigen Kurs fortzuführen, ohne soziale Geschenke und ohne staatliche Programme: „Wer auf halbem Weg umkehrt, wird scheitern.“ Und auch Haussmann hat einen Wunsch: Er möchte bei den Grünen fleddern. Nur, wie das alles zusammenpassen soll, bleibt rätselhaft.

Einhellig jedoch klagen die Liberalen über den Bundeskanzler. Alle Bedenken, so ihr Urteil, Kohl sei als Regierungschef überfordert, hätten sich nur zu sehr bestätigt.

In der Bonner Fraktion, die einst Helmut Schmidt stürzte, kommt Nostalgie auf. Vergleiche werden gezogen, fallen verheerend aus für den Nachfolger. Schmidt, geben die Liberalen unumwun-

„Für Genscher ist das eine Kriegserklärung“

den zu, habe ihnen Respekt abgenötigt. „Zu diesem Mann aber mit dem ständigen Grinsen im Gesicht“, sagt ein Präsi- über den derzeitigen Regierungschef, „mag sich keiner mehr bekennen.“

Auf Distanz geht vor allem einer, dessen freundschaftliches Verhältnis zu dem damaligen Oppositionsführer 1982 entscheidend zum Koalitionswechsel beitrug: Hans-Dietrich Genscher. Schon mahnen ihn irritierte Parteifreunde, er dürfe die Vertrauensbasis nicht vollends untergraben, sonst gerate der Zusammenhalt der Koalition in Gefahr.



Rivalen Rau, Kohl: „Mainz ist die Rache, spricht der Herr“

Aber der Außenminister wandelt auf dem Kriegspfad, seit das Kanzleramt, allen seinen Warnungen zum Trotz, ungeniert in sein Ressort hineinregiert, seine Ratschläge mißachtet und sogar seine Politik konterkariert.

Eine Zeitlang hatte Genscher Verständnis dafür, daß der Kanzler sich außenpolitisch in Szene setzte. Inzwischen jedoch ist die Langmut Genschers offenbar aufgebraucht. Erregt läßt er sich vor Freunden aus, er werde nicht länger hinnehmen, daß im Kanzleramt eigene Außenpolitik betrieben werde, von einem Mann vor allem, der sich nach US-Vorbild als mächtiger Sicherheitsberater des Kanzlers versteht – Horst Teltschik.

Nur noch mit hämischen Bemerkungen läßt sich der Außenminister über seinen Regierungschef aus. Schadenfroh konstatiert er die Konflikte, die das Duo Kohl/Teltschik eingebrockt hat. Herausragende Fälle: das gestörte Verhältnis zu den Saudis wegen des gescheiterten Waffengeschäfts, das Bitburg-Debakel, die Schwierigkeiten mit Paris wegen Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI).

Seit er weiß, daß Kohl ausgerechnet den Mann, der sich als Gegenspieler des Außenministers versteht, zum Staatssekretär befördern will, „lodern die Flam-

men“, hat ein prominenter Genscher-Besucher bemerkt. „Für ihn ist das eine Kriegserklärung.“

Für den Kanzler sind die schönen Tage der Wende vergangen. Er zeigt Wirkung, seine Regierungserklärung am vorigen Dienstag war dürrig, er selbst fähig. Kein Wunder: Spannungen in der Koalition, Vertrauensverluste in den eigenen Reihen, nicht nur in München. In Niedersachsen wünschten sich Anfang der Woche Minister des Albrecht-Kabinetts noch vor ihrem Wahltermin den Wechsel im Bonner Amt, statt Kohl-Malus einen Stoltenberg-Bonus.

Und der Herausforderer beginnt bereits zu sticheln. So, daß die Fernsehleute es mitbekommen mußten, variierte der bibelfeste Rau – in Anspielung auf den Pfälzer – einen Spruch aus dem Buch Mose: „Mainz ist die Rache, spricht der Herr, und Kohl sollt ihr fressen bis ans Ende eurer Tage.“

Kohl schwieg, den Protest legte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ein: Der evangelische Christ Rau müsse „sich fragen lassen, wie er es mit dem zweiten Gebot hält: Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht“.